

Vorzieheffekte kaum ...

Fortsetzung von Seite 1

So liegt dann auch der Geschäftslageindex, welcher so-

wohl die positiven als auch negativen Einschätzungen der momentanen Geschäftslage verknüpft, mit 17,7 %

(West: 12,9 %; Ost: 44,7 %) seit nunmehr drei Quartalen im positiven Bereich. Schaut man auf das III. Quartal 2004, so erwartet fast die Hälfte der Betriebsinhaber (Bund: 46,3 %; West: 44,4 %; Ost: 57,1 %) eine negative Geschäftslage. Als Grund hierfür wird neben der üblichen urlaubsbedingten Verschlechterung der Auftragsituation vor allem auch die ständig wechselnde Gesundheitspolitik sowie die daraus resultierende Planungsunsicherheit genannt. Daraus ergibt sich ein Erwartungsindex von -37,7 % (West: -35,1 %; Ost: -52,3 %). Nur 1998 – im Jahr der Einführung des Festzuschuss-Systems – wurde ein III. Quartal noch schlechter eingeschätzt (Abb. 2).

Investitionsbereitschaft

Diese hat sich unter den befragten Laboren im II. Quartal mit 22,0 % (West: 20,6 %; Ost: 29,8 %) gegenüber den ersten drei Monaten (Bund: 21,8 %; West: 20,3 %; Ost: 28,7 %) nur leicht verbessert. So liegt die Investitionsbereitschaft (Höhe Bund: 17.439 €;

West: 16.779 €; Ost: 20.030 €) insgesamt weiterhin auf einem sehr geringen Niveau. Da für Neuinvestitionen auf dem derzeitigen Zahntechnik-Markt so gut wie kein Spielraum vorhanden ist, beschränkt sich die Bereitschaft zu investieren vornehmlich auf notwendige Ersatzinvestitionen.

Gesamt-Klimaindex

Für das III. Quartal 2004 wird seitens der Laborbetriebe eine stark nachlassende Auftragslage erwartet. Diese negativen Erwartungen spiegeln sich demnach auch im Gesamt-Klimaindex – hierbei werden gleichwertig sowohl die Einschätzungen der aktuellen Geschäftslage als auch die Erwartungen für das Folgequartal ermittelt – wider. Dieser liegt bei -12 % (West: -12,6 %; Ost: -9,9 %), dem niedrigsten Wert seit dem I. Quartal 2003. Wie sich der Gesamt-Klimaindex weiter gestalten wird, hängt vor allem von der Neuregelung der Zahnersatz-Versorgung ab 2005 ab. **ZT**



Abb. 2: Nicht nur die üblichen urlaubsbedingten Verschlechterungen der Auftragslage, sondern vor allem auch die permanenten Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik und deren Folgen für die Labore veranlassten diese zu negativen Prognosen.

„Nach jetzigem Stand ist Zahnersatz ab dem nächsten Jahr budgetfrei“

ZT Zahntechnik Zeitung im Gespräch mit Dr. Thomas Breyer, Vorstandsmitglied der KZV Sachsen

ZT Ab 1. Januar 2005 wird es aller Voraussicht nach einen Festzuschuss für zahnärztliche Leistungen geben. Bedeutet dies, dass die Budgets der Zahnärzte für Zahnersatz der Vergangenheit angehören?

Der jetzige Stand ist der, dass Zahnersatz ab nächstem Jahr nicht mehr budgetiert ist. Ob dies bei der derzeitigen politischen Diskussion auch am 1. Januar 2005 noch zutrifft, kann zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden. Aber der jetzige Stand ist eindeutig budgetfrei!

ZT Welche Auswirkungen hat das für Sie als Zahnarzt und für Ihre Zusammenarbeit mit zahntechnischen Laboren?

Insgesamt gesehen wird sich eine Budgetfreiheit vor allem

für die Patienten günstig auswirken. Während in diesem Jahr beispielsweise das Budget bereits im September erschöpft war, und damit auch Behandlungen verschoben oder umgestaltet werden mussten, wird nächstes Jahr hoffentlich alles das, was medizinisch möglich ist, auch getan werden können. Und das ist der richtige Weg.

ZT Das Budget als Kontrollinstanz fällt also weg?

Für den Bereich Zahnersatz ja. Wie sich das Ganze weiterentwickelt, wissen wir jedoch noch nicht. Auch in Zukunft wird die Möglichkeit bestehen, dass Stimmen laut werden, die erklären „Das können wir uns von dem Geld, was die Krankenkassen einnehmen, nicht mehr leisten.“

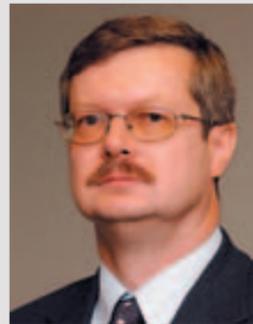
ZT Sie sprechen die chaoti-

sche politische Situation an. Es gibt Stimmen, die eine Verschiebung der Festzuschüsse auf den 1. Juli 2005 fordern. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Nein, wir glauben mit hoher Sicherheit daran, dass die Festzuschuss-Regelungen zum 1. Januar 2005 eingeführt werden. Ob die Einführung wie geplant verläuft, wissen wir am 5. Januar. Die Zeitachse ist klar definiert. Der derzeit größte Streitpunkt ist im Moment jedoch die Gestaltung des Heil- und Kostenplanes. Dafür ist das Schiedsamt angerufen worden. Wir würden uns wünschen, dass das Schiedsamt möglichst zeitnah entscheidet, damit Zahntechniker, Zahnärzte und Computerfirmen noch genug Zeit haben, sich auf den 5. Januar 2005 vorzubereiten.

ZT Vielen Dank für das Gespräch.

ZT Kurzvita



Dr. Thomas Breyer

– Vizepräsident der Landes Zahnärztekammer Sachsen
– Vizepräsident des Landesverbandes der Freien Berufe Sachsen

Auch Zahnärzte trifft Bundespunktwert

Unterschiedliche Reaktionen in Ost und West auf den mit 0,7115 Euro festgelegten Bundespunktwert

(dh) – Das neue System der Festzuschüsse für Zahnersatz hat auch bei den Zahnärzten für ernste Mienen gesorgt. Denn ähnlich wie die meisten Zahntechniker in den alten Bundesländern müssen auch

ANZEIGE



die westdeutschen Zahnärzte mit teilweise recht deutlichen finanziellen Einbußen rechnen. So sind mit der termingerechten Festschreibung des bundeseinheitlichen Punktwertes für Zahnersatz (Bundespunktwert) auf 0,7115 Euro für die Zahnärzte im Westen Deutschlands bis zu 8%ige Honorarabsenkungen verbunden.

In Baden-Württemberg beispielsweise bekommen Zahnärzte zukünftig für nach BEMA abgerechnete Regelleistungen 6 bis 7 % weniger Honorar. Verständlich, dass hier vielen die neuen Regelungen sauer aufstoßen.

Anders sieht die Stimmung in den neuen Bundesländern aus. Hier stehen sowohl Zahntechniker als auch Zahnärzte mit den neuen Regelungen besser da als bisher. Denn durch die Aufhebung des Punktwertunterschiedes zwischen Ost und West werden die ehemals in Ostdeutschland geltenden Zahnersatz-Punktwerte um bis zu 10 % angehoben. Das hat zur Folge, dass sich die Preise für Zahnersatz künftig zwischen Ost und West angleichen werden.

Damit der 1. Januar 2005 als Starttermin der Festzuschüsse eingehalten werden kann, müssen jetzt bis zum 30. November durch den Gemeinsamen Bundesausschuss die Zuordnungen der Festzuschüsse zu den Befunden der Regelversorgung erfolgen. **ZT**

Eichel hofft auf Milliardenregen

Sonderbeiträge für Zahnersatz und Krankengeld bescheren Finanzministerium Mehreinnahmen

(kh) – Bundesfinanzminister Hans Eichel erwartet von den geplanten Sonderbeiträgen für Zahnersatz und Krankengeld Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe. Eichels Sprecher Jörg Müller bestätigte einen entsprechenden Bericht der „Welt am Sonntag“, wonach im kommenden Jahr mit 520 Millionen Euro, und danach jährlich mit 1,025 Milliarden an zusätzlichen Steuergeldern gerechnet werde.

Ab 1. Juli 2005 sollen Arbeitnehmer Zahnersatz und Krankengeld über Sonderbeiträge von insgesamt 0,9 Prozent des Bruttolohns allein absichern. Dies entlaste die Arbeitgeber um 4,5 Milliarden Euro bei den Lohnnebenkosten, was wiederum den steuerpflichtigen Gewinn der Unternehmen er-

höhe, hieß es zur Begründung aus dem Finanzministerium. Die damit verbundenen Steuermehreinnahmen ließen sich aber nur dann realisieren, wenn gleichzeitig mit den Sonderbeiträgen der von den Arbeitgebern mitfinanzierte Krankenkassenbeitrag um 0,9 Prozentpunkte gesenkt werde, betonte Müller. Für die Arbeitnehmer ergebe sich zugleich eine leichte Steuerentlastung, weil die höheren Vorsorgeaufwendungen als Sonderabgaben steuerlich geltend gemacht werden könnten.

Die Entlastung für das Jahr 2005 wird vom Ministerium auf acht Millionen geschätzt, ein Jahr später würden die Arbeitnehmer mit dieser steuerlichen Regelung bereits 16 Millionen Euro sparen. **ZT**

ANZEIGE

Start für Festzuschüsse doch zum 1. Juli?

Schwierigkeiten bei der Umsetzung des neuen Systems befürchtet

(dh) – Bereits Mitte Oktober sorgte ein Schreiben der KZV Stuttgart, indem für das neue Festzuschuss-System „erhebliche Umsetzungsschwierigkeiten“ diagnostiziert wurden, für Unruhe. Aber auch in den folgenden Wochen wurden die Stimmen, die sich für eine Verschiebung des Starttermins zum 1. Juli 2005 aussprachen, immer mehr. Zu groß scheinen die Unwägbarkeiten, die mit einer überstürzten Einführung der neuen Regelungen verbunden sein könnten.

So befürchtet die Kassenzahnärztliche Vereinigung Stuttgart durch die erheblichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der neuen Regelungen sogar eine Fortsetzung des „Festzuschuss-Desasters“ von 1998. Damals war der Gesetzgeber bereits nach einem Jahr wieder

zum bekannten System des prozentualen Kassenzuschusses zurückgekehrt. Wiederholen sich etwa die alten Fehler? Nach wie vor fehlen die verbindlichen Regelungen für die Umsetzung des Festzuschuss-Modells in der Praxis. Zudem wird die Zeit für die Umstellung der Computer-Software sowie die Schulung von Zahnärzten und Zahn Technikern immer knapper.

Unter den anderen KZVen stößt diese Haltung nicht nur auf Zustimmung. Im Gegensatz zu seinen Stuttgarter Kollegen ist der Pressesprecher der sächsischen Zahnärzte, Dr. Thomas Breyer, der festen Überzeugung, dass die Festzuschüsse zum 1. Januar 2005 eingeführt werden. Gegenüber der ZT äußerte er zudem die Überzeugung, dass alle wesentlichen

noch offenen Fragen in kürzester Zeit geklärt sein werden. Auch Dr. Jürgen Fedderwitz, Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, hält am vereinbarten Fahrplan fest und rechnet sicher mit dem Start des ZE-Festzuschuss-Systems zum 1. Januar.

Der VDZI hingegen zeigt Verständnis für eine mögliche Verschiebung der Festzuschüsse. Da bereits die Einführung der neuen Zahnersatz-Versicherung auf den 1. Juli verschoben wurde, ist der VDZI „der Ansicht, dass die Einführung des neuen Systems dann in allen Teilen verschoben werden sollte, um auch die vorhandenen Unsicherheiten und Probleme auf der leistungs- und vertragsrechtlichen Seite des Festzuschuss-Systems noch bereinigen zu können.“ **ZT**